LOIZIDOU gegen die Türkei (Verfahrenseinreden)

Urteil vom 23. März 1995, A/310

EGMR

Konventionsverletzungen in Nordzypern? Wichtige völkerrechtliche Aspekte

Sachverhalt:

Die Bf. Ist eine Griechisch-Zypriotin aus Kyrenia in Nordzypern, die bereits vor der türkischen Besetzung (1974) in den griechisch-zypriotischen Landesteil übersiedelt war.

A. Nach ihren Angaben ist es ihr seither verwehrt, die Eigentumsrechte an ihren im Norden gelegenen Grundstücken auszuüben, insb. die Fortsetzung des Baus von Wohnungen, deren eine für ihre Familie bestimmt war. Diesbezüglich machte sie eine Verletzung des Rechts auf Achtung der Wohnung (Art. 8 EMRK) und des Schutzes des Eigentums (Art. 1 1.ZP) durch die Türkei geltend, was die Kms. in ihrem Bericht vom 8.7.1993 bejahte (9:4, 8:5 Stimmen), (vgl. NL 94/1/07).

B. Am 19.3.1989 beteiligte sich die Bf. an einer Demonstration griechisch-zypriotischer Frauen für ihr Heimkehrrecht. Dabei gelang es einer von der Bf. geleiteten kleineren Gruppe, die UNFICYP-Pufferzone zu überwinden und in den türkisch-besetzten Landesteil vorzudringen, wo sie von türkischen Soldaten aufgehalten und von der türkisch-zypriotischen Polizei festgenommen wurde. Bis zu ihrer Rückstellung nach Nikosia (im Wege der UNFICYP) vergingen mehr als 10 Stunden. Die Bf. beschwerte sich wegen Verletzung des Folterverbots (Art. 3), des Rechts auf Freiheit und Sicherheit (Art. 5) und des Rechts auf Privat- und Familienleben (Art. 8 EMRK), was von der Kms. jedoch in allen Punkten verneint wurde (einstimmig, 9:4, 11:2 Stimmen).

Die Beschwerde wurde von der Regierung der Republik Zypern nur bezüglich des Eingriffs in die Eigentumsrechte (Sachverhalt A) dem Gerichtshof vorgelegt. (Der Rest der Beschwerde wird vom Ministerkomitee behandelt.)

Mit dem vorliegenden Urteil entschied der GH nur über die Verfahrenseinreden der Türkei, womit er eine Reihe wichtiger völkerrechtlicher Fragen beantwortete.

Rechtsausführungen:

Zur Prozeßstandschaft der zypriotischen Regierung:

Die Türkei apostrophierte die bf. Reg. systematisch als "Griechisch-zypriotische Verwaltung" und brachte damit zum Ausdruck, daß sie diese nicht als Vertreterin des Volkes von Zypern anerkenne. Der GH stellt dazu unter Hinweis auf die Praxis des Europarats und der Kms. (frühere Staatenbeschwerden Zypern gegen die Türkei) fest, daß die bf. Reg. von der internationalen Gemeinschaft als Regierung der Republik Zypern anerkannt wurde. Im übrigen ist die wechselseitige Anerkennung von bf. und bel. Staat keine Beschwerdevoraussetzung, da ansonsten die kollektive Rechtsdurchsetzung, welche ein zentrales Element des Konventionssystems sei, leicht vereitelt werden könnte.

Zum behaupteten Verfahrensmißbrauch:

Die Türkei behauptet, das eigentliche Ziel der Beschwerde sei politische Propaganda und sie diene nur dem Zweck, eine Debatte über den Status der "Türkischen Republik Nordzypern" (TRNC) auszulösen. Die Republik Zypern hält dem entgegen, die Beschwerde sei stellvertretend für tausende gleichgelagerte Fälle, die auf die illegale Besetzung Nordzyperns durch die Türkei zurückgingen; es sei nur natürlich, daß sich die bf. Reg. des Schicksals ihrer Bürger annehme. Der GH weist die türkische Einrede als verfehlt zurück, stützt sich aber auch auf einen Estoppel (Verschweigung), da diese nicht schon im Verfahren vor der Kms. geltendgemacht worden sei. Doch läßt er die Frage offen, ob eine derartige Einrede überhaupt möglich ist.

Die Rolle der Türkei im Verfahren:

Die Türkei behauptet, der Fall betreffe nicht das Verhalten der Türkei, sondern jenes der TRNC, welche ein unabhängiger Staat sei. Sie selbst trete daher nur als amicus curiae auf. Der GH spricht jedoch der Türkei das Recht ab, ihre Rolle im Verfahren selbst zu definieren und hält, wie auch schon die Kms., an deren Beklagteneigenschaft fest.

Einreden "ratione locis":

1. Die behaupteten Tatsachen würden nicht unter die Hoheitsgewalt der Türkei gem. Art. 1 EMRK fallen:

Die Türkei bestreitet, daß die Präsenz ihrer Truppen in Nordzypern bedeute, daß sie dort Hoheitsgewalt ausübe; dies sei vielmehr Sache der TRNC, ungeachtet der Tatsache, daß diese von der internationalen Gemeinschaft nicht

anerkannt sei. Die Bf. und die zyp. Reg. berufen sich hingegen auf die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der Türkei, die die physische Kontrolle über das Gebiet ausübe. Auch die Kms. war der Meinung, es sei der Türkei zuzurechnen, wenn der Bf. der Zugang zu ihrem Eigentum verwehrt werde.

Der GH betont, es gehe im gegenwärtigen Stadium des Verfahrens nicht darum, ob die Türkei für die gerügten Akte tatsächlich verantwortlich sei, sondern ob diese Akte grundsätzlich in die Hoheitsgewalt der Türkei fallen können, obwohl sie außerhalb türkischen Hoheitsgebiets gesetzt wurden. Eine solche Beschränkung besteht nicht und Verantwortlichkeit kann auch als Folge militärischer Aktionen entstehen, wenn eine Vertragspartei effektive Kontrolle über ein fremdes Gebiet ausübt. Ob dies auch hier der Fall ist, wird im Verfahren zur Hauptsache zu klären sein.

2. Zur Gültigkeit der territorialen Einschränkungen in den türkischen Unterwerfungserklärungen gemäß Art. 25 und 46 EMRK:

Die Türkei hatte ihre Unterwerfung unter die Zuständigkeit von Kms. und GH mit einer territorialen Einschränkung auf das nationale Territorium der Türkei versehen, wonach die gerügten Akte der Straßburger Kontrolle entzogen wären. Sie hält diese Einschränkungen für zulässig angesichts der Freiwilligkeit der Unterwerfung und der Analogie zu Art. 63 (Territorialklausel) und zu Art. 64 EMRK (Vorbehaltsklausel). Auch unter der beinahe gleichlautenden Parallelbestimmung des Art. 36 IGH - Statut seien territoriale Beschränkungen zulässig und diese habe bei der Abfassung der Konvention offensichtlich Modell standen.

Der GH betont zunächst den besonderen Charakter der Konvention als Instrument für die kollektive Durchsetzung der Menschenrechte; sie schafft objektive Vertragspflichten und unterscheidet sich insofern von herkömmlichen synallagmatischen Verträgen (vgl. Irland/GB, A/25 § 239). Hierauf wendet er sich gegen eine historische Interpretation: Die Konvention ist ein lebendes Instrument, das im Lichte der gegenwärtigen Bedingungen interpretiert werden muß (vgl. Urteil Tyrer/GB, A/26 § 31). Sie ist also nach ihrer gewöhnlichen Wortbedeutung in ihrem Zusammenhang, nach Ziel und Zweck und im Lichte der späteren Praxis zu interpretieren (vgl. Urteil Johnston ua. /IRL., A/112 § 51 und Art. 31 der Wiener Vertragsrechtskonvention).

Die Konvention enthält keine ausdrückliche Ermächtigung im Sinne der türkischen Erklärungen. Wären die türkischen Einschränkungen zulässig, würde dies die Rolle von Kms. und GH empfindlich schwächen und die Effektivität der Konvention als Verfassungsinstrument einer "europäischen öffentlichen Ordnung" beeinträchtigen. Diese Auswirkungen für das System wären so schwerwiegend, daß es dafür einer ausdrücklichen Ermächtigung in der Konvention bedürfte.

Im Hinblick auf Art. 64 stellt der GH fest, die dort angesprochenen Vorbehalte könnten nur im Zeitpunkt der Unterzeichnung bzw. Ratifikation der Konvention gemacht werden. Vorbehalte müßten sich außerdem auf bestimmte Konventionsbestimmungen beziehen und allgemeine Vorbehalte seien verboten. Auch dies spreche gegen die Zulässigkeit der türkischen Einschränkungen, womit ganze Rechtsbereiche vor der Kontrolle der Konventionsorgane abgeschirmt würden. Die daraus resultierende Ungleichheit zwischen Staaten würde auch dem Ziel widersprechen (Präambel), größere Einheitlichkeit bei der Wahrung der Menschenrechte herzustellen.

Gegen die Zulässigkeit solcher Einschränkungen spricht auch die geschlossene spätere Praxis der Vertragsparteien zur EMRK, wonach derlei Erklärungen niemals mit Beschränkungen *ratione loci* oder *ratione materiae* versehen wurden. (Scheinbare Ausnahmen werden aufgelöst). Der gegenläufigen Praxis des Internationalen Gerichtshofs hält der GH seine grundsätzliche andere Funktion als Kontrollorgan und den besonderen Charakter der EMRK entgegen.

Schließlich verwirft der GH auch die Analogie zu Art. 63, der eine territoriale Differenzierung ermöglicht. Dort handle es sich ja um die Übernahme der Verantwortung für ein Gebiet, dessen internationale Beziehungen man wahrnehme, während es hier um die direkte Verantwortlichkeit für eigenes Handeln geht.

Aus alledem folgt, daß die türkischen Einschränkungen *ratione loci* ungültig sind.

3. Gültigkeit der türkischen Unterwerfungserklärungen als solche:

Die Türkei behauptet, ihre Unterwerfungserklärungen seien nur im Zusammenhang mit den gemachten Einschränkungen gültig, ansonsten aber null und nichtig. Demgegenüber betont der GH erneut die besondere Natur der Konvention als ein Instrument der "europäischen öffentlichen Ordnung" und verweist auf seine Entscheidung Im Falle *Bellios/CH*, wo er von der Trennbarkeit von Haupt- und Nebenerklärungen ausging und die eine für gültig, die andere aber für ungültig erklärte (A/132 § 60). Letztlich sei der Türkei auch hier ein unbeschränkter Konsens zu unterstellen.

Einrede "ratione temporis":

Diese wird mit der Hauptsache verbunden.

Aus diesen Gründen

1. verwirft der GH die Verfahrenseinrede betr. den angeblichen Verfahrensmißbrauch (einstimmig),
2. entscheidet, daß die behaupteten Tatsachen grundsätzlich unter die Hoheitsgewalt der Türkei gemäß Art. 1 EMRK fallen können (16:2 Stimmen),
3. entscheidet, daß die territorialen Einschränkungen ungültig, die türkischen Unterwerfungserklärungen selbst aber gültig sind (16:2 Stimmen),
4. verbindet die Einrede *ratione temporis* mit der Hauptsache (einstimmig).

Gemeinsame und jeweils auch individuelle abweichende Meinungen der Richter Gölcüklü und Pettiti:

Diese betreffen zum einen die Frage der türkischen Hoheitsgewalt in Nordzypern, die mangels ausreichender Klärung mit der Hauptsache hätte verbunden werden sollen. Sie betreffen zum anderen die Trennbarkeit der territorialen Einschränkungen von den Unterwerfungserklärungen, was verneint wird. Und sie bejahen schließlich auch das Recht der Türkei, in Analogie zu Art. 63 bei ihren Unterwerfungserklärungen örtlich zu differenzieren. Es wäre richtiger gewesen, auch in diesen Punkten noch nicht zu entscheiden, sondern diese mit der Hauptsache zu verbinden.

W.K.

[Das Urteil im französischen Originalwortlaut \(pdf-Format\).](#)